

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1920

59 (10.3.1920)

Volkstfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 1.75 M und 65 J Zustellgebühr; abgeholt in der Geschäftsstelle und in Ablagen 2.- M; am Posthalter 2.15 M, durch den Postboten 2.80 M monatlich. Einzelheft 15 J. Ausgabe: Freitag mittags; Geschäftszeit: 7-11 und 2-4 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spaltige Normalzeile oder deren Raum 50 J. Resten 1.50 M. - Lokalanzeigen billiger. - Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 9 Uhr vormittags, für größte Aufträge nachm. zuvor.

Weitere nationalistische Ausschreitungen gegen Entente-Offiziere.

Bremen, 9. März. In einem bedauerlichen Vorfall kam es gestern nachmittag hier auf dem Kaiserhof. Von der zurzeit hier sich aufhaltenden Entente-Militärkommission, bestehend aus Italienern, Engländern und Franzosen, begaben sich zu Verhandlungen zwei höhere französische Offiziere in Militäruniform in die Kaserne. Beim Betreten des Hofes fanden die dort anwesenden Soldaten „Deutschland, Deutschland über alles“. Infolgegefallen sammelte sich eine große Menge hier an. Als die Offiziere aus dem Kasernegebäude zurückkamen, wurden sie von der Menge angehalten und mißhandelt. Die inzwischen alarmierte Sicherheitspolizei gestreute die Menge und brachte die Offiziere in ihre Quartiere. Die Untersuchung über diese Vorfälle wurde sofort eingeleitet.

Die Fälle von Ausschreitungen gegen Offiziere der Entente scheinen sich zu mehren und die Regierung wird gut tun, ihr Augenmerk darauf zu richten, daß solches anderwärts nicht mehr vorkommt. Deutschland wird durch diese Dinge blamiert bis auf die Knochen. Was sind das für Zustände, wenn die Behörden nicht mehr so viel Autorität haben, um die fremden Offiziere vor Ausschreitungen nationalistischer Narren zu schützen? Es befinden sich zurzeit allwärts in Deutschland fremde Militärkommissionen, die nach dem Friedensvertrag das Recht haben, bei uns zu weilen und die ihnen obliegenden Aufgaben zu erfüllen. Wenn ihnen solches durch weitere derartige Vorkommnisse unmöglich gemacht wird, kann das die schlimmsten Folgen nach sich ziehen und das Volk lehnt es ab, dafür noch mehr gestraft zu werden, als es schon ist.

Aber auch ganz abgesehen von den eventuellen Folgen. Es ist nicht nur eine große Taktlosigkeit, fremde Offiziere zu mißhandeln, sondern ein Akt ganz erbärmlicher Feindschaft, wie in obigem Falle, ein Akt nationalstolzer verächtlicher Feindschaft. Schon die Befähigung mit dem Säbel einzugehen, Deutschland über alles“ ist über alle Maßen lächerlich. Wenn solches sogar in einer Kaserne vorkommt, so zeigt solches, daß es bei uns außer Reichweite nicht am besten bestellt ist. Mit anderen Worten, daß gegen die nationalistischen Propagandaveranstaltungen etwas schon vorgenommen wird, wie gegen die kommunistischen.

Ein Aufruf der Reichsregierung.

Berlin, 10. März. Die Reichsregierung veröffentlicht folgenden Aufruf: In den letzten Tagen mehrten sich die Fälle, daß Mitglieder der fremden Missionen, die sich auf Grund der Ausführung des Friedensvertrages in deutschen Staaten aufhalten, zum Gegenstand wütender oder tätlicher Angriffe gemacht werden. Die Reichsregierung warnt aufs eindringlichste vor dieser Verwilderung des öffentlichen Lebens, die mit Vaterlandsliebe nichts zu tun hat und zu schweren Schädigungen des Vaterlandes führen kann. Es ist die selbstverständliche Pflicht eines jeden Deutschen, den fremden Missionen gegenüber Zurückhaltung und Würde zu bewahren. Jede andere Haltung kann unabschätzbare Verwundungen heraufbeschwören und die Gesamtheit für die Entgleisungen Einzelner büßen lassen. Der Reichsregierung wird sich mit äußerster Schärfe gegen militärische Ausschreitungen in den Weg stellen. Die Reichsregierung wird ebensowenig sühne Verhältnisse gegen Sitten und Volkswirtschaften zulassen und nicht unterlassen, sie zu ahnden. Sie denkt nicht daran, ihre Politik durch einen Radaupatriotismus durchzusetzen zu lassen, der auf Kosten des gesamten Volkes sein lächerliches und gefährliches Spiel treibt. Szenen, wie wir sie in den letzten Tagen erlebt haben, können nur bewirken, daß die wenigen Stimmen in außerdeutschen Ländern auch noch verstümmelt, die sich nach und nach zum Sprecher für unsere Not und unser Recht gemacht haben.

Die Reichsregierung: gez. Bauer, Reichskanzler.

Die deutsche nationale Militärwirtschaft.

Berlin, 9. März. Gemäß dem Friedensvertrag wurde heute die Hauptkreditanstalt Großkreditstelle geschlossen. Die Schlüsselübergabe bestand in einer großen militärischen Kundgebung, zu der zahlreiche ehemalige Jünger der Anstalt, unter ihnen der General Ludendorff erschienen waren. Dem General war eine Ehrenkompanie mit den Fahnen des Kadettenkorps gestellt worden. Auf der Spitze der Anstalt war neben der schwarz-weiß-rot (I) eine schwarze Trauerfahne gehißt. Nach einem Gottesdienst fand ein Appell vor dem historischen Hensburger Böden auf dem Kaiserhof statt. Am 12. März wird eine Entente-Kommission erscheinen, um die Durchführung der geforderten Maßnahmen zu prüfen.

Mitglieder einer französischen Militärkommission als Wilderer festgesetzt.

Berlin, 10. März. Die Gemeinde Bernig in der Mark ist in den letzten Tagen drei Mal von Wilderern heimgesucht worden. Gestern nachmittag wurden in der Gemarkung Bernig abermals Wildererei festgestellt. Die Einwohnerwehr wurde daraufhin sofort zusammenberufen, um gegen die Wilderer vorzugehen. Es wurden acht Wilderere, die mit einem Auto von Bernig gekommen waren, auf freier Ladung festgesetzt. Die Wildererei wurde aufgeföhrt, sich zu ergeben. Vier leisteten dieser Aufforderung Folge. Die übrigen vier verweigerten zu entkommen. Die Flüchtlinge wurden mehrmals aufgefordert, stehen zu bleiben, Schreckschüsse abgegeben, die von den Flüchtenden mit Gewehrfeuer beantwortet wurden. Zwei der Wilderere ergaben sich, ein dritter blieb verwundet und der letzte entkam.

Die neue Einigung mit den Eisenbahnern.

Berlin, 9. März. (Priv.-Tel.) Laut „Voss. Zig.“ haben die Tarifverhandlungen zwischen der preussischen Eisenbahnverwaltung und den Eisenbahnergewerkschaften zu einem Vertrage geführt, der noch revidiert wird. Danach ist für die Verhältnisse und die Güterböden Akkordarbeit vorgesehen. Die Mehraufwendungen an Lohn belaufen sich auf rund 1,2 Milliarden Mark.

Das neue Ringgesetz.

Berlin, 9. März. Der Ausschuss zur Beratung eines Ringgesetzes hat die Vorlage erheblich verschärft. Danach kann ein Wildstreifen nicht nur aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, aber aus Gründen der Rechtsgleichheit verboten werden, sondern auch wegen der Gefährdung der Vegetation Deutschlands zum Auslande, oder wegen Schädigung des deutschen Ansehens. Das Schulpflicht der Jugendlichen wurde vom 16. auf das 18. Jahr heraufgesetzt.

Wettstreit zur See.

Osaka, 9. März. Die „Newspaper“ aus Washington meldet, erklärte Marineattaché Daniel in den Vereinigten Staaten dem Kaiserreich beizutreten, notwendig sei, daß ihre Flotte jeder anderen Flotte gleich sei. Wenn die Vereinigten Staaten dem Kaiserreich nicht beizutreten, so müßten sie die größte Flotte der Welt besitzen. Wenn der Senat sich weigere, den Friedensvertrag und den Biltmorevertrag anzunehmen, so müßte eine Flotte von 96 Schiffen gebaut werden, deren Baukosten sich auf 195 Millionen Dollar belaufen würden. In Beantwortung einer Anfrage des Abgeordneten Butler erklärte Daniel, er schene der Meinung, wonach Sir Erik Geddes hat, daß England nicht versuchen werde, mit den Vereinigten Staaten im Bau von Schlachtschiffen in Wettbewerb zu treten, keinen Glauben, denn es sei offiziell bekannt und ausgesprochen worden, daß England jetzt seine Anlagen zum Bau von Schlachtschiffen heranziehen werde. Daniel erklärte, um die Flotte der Vereinigten Staaten zur größten Flotte der Welt zu machen, seien vier Jahre notwendig.

Neue Armeniergenrel.

Konstantinopel, 9. März. Die Blätter aus London melden, erklärte Lord George im Unterhaus, in Cilicien seien, den letzten Nachrichten zufolge, 15 000 Armenier niedergemetzelt worden. Die französische Regierung habe dringende Maßnahmen getroffen und General Gouraud habe Verstärkungen entsandt, um die Lage für die Franzosen in Cilicien wieder herzustellen und die dortigen Armenier zu schützen. Auch seien bereits mehrere Kriegsschiffe nach Mesopotamien geschickt worden. Der größte Teil der alliierten Flotte werde jedoch an dieser Aktion nicht teilnehmen, sondern in Konstantinopel bleiben.

Schreckliches Explosionsunglück.

Benrath, 9. März. Gegen 9 Uhr morgens stieg im Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk ein großer Heißkessel von circa 1000 Quadratmeter Heizfläche in die Luft und begrub unter seinen Trümmern annähernd 90 Arbeiter. Die Zahl der Toten und Verwundeten wird annähernd auf 50 geschätzt. Die Verletzten wurden in das hiesige Krankenhaus gebracht. Da noch weitere Explosionen befürchtet werden, müßten alle anwesenden Personen die Unglücksstätte verlassen. Ueber die Entstehungsurache der Explosion ist zurzeit nichts bekannt.

Die Untersuchung der Steuerangelegenheit Erzberger.

Berlin, 9. März. Die Untersuchung der Steuerangelegenheit des Reichsministers der Finanzen, Erzberger, ist vom Landesjustizamt Charlottenburg mit der größten Gründlichkeit und Verschämigung geführt worden. Es kann schon heute festgestellt werden, daß der Reichsfinanzminister in seiner Steuererklärung missverständlich unrichtige Angaben mit der Absicht der Steuerhinterziehung nicht gemacht hat. Das endgültige Ergebnis wird in den nächsten Tagen bekannt gegeben werden.

Schreckliches Explosionsunglück.

Benrath, 9. März. Gegen 9 Uhr morgens stieg im Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk ein großer Heißkessel von circa 1000 Quadratmeter Heizfläche in die Luft und begrub unter seinen Trümmern annähernd 90 Arbeiter. Die Zahl der Toten und Verwundeten wird annähernd auf 50 geschätzt. Die Verletzten wurden in das hiesige Krankenhaus gebracht. Da noch weitere Explosionen befürchtet werden, müßten alle anwesenden Personen die Unglücksstätte verlassen. Ueber die Entstehungsurache der Explosion ist zurzeit nichts bekannt.

Die Reaktion im Lande.

Von Philipp Scheidemann.

Unter den viel verärgerten und verpörrten Geheimräten gibt es viel mehr Tüchtigkeit, Fleiß und Gewissenhaftigkeit, als der Fernersehende gemeinhin annimmt. Freilich gibt es unter den Direktoren, Landräten, Geheimräten und Sekretären in den staatlichen und Reichsbureaus auch viel mehr reaktionäre Gesinnung und zielbewußt reaktionäre Tatkraft, als mancher sich träumen läßt.

Es wäre direkt unsinnig, verlangen zu wollen, daß ein Minister konterbätig gesinnter, laienbegeisterter Mann sich über Nacht — und hätte er diese Nacht selbst zur Sekunde der kaiserlichen Randbemerkungen verwendet — in einen überzeugten Republikaner verwandeln soll. Das ist natürlich auch nirgends verlangt worden. Vielmehr sind Beamte des alten Systems am Tage nach dem Umsturz an die neuen Männer herangetreten mit der Versicherung, daß sie „schon immer“ zur Sozialdemokratie sich bekannt hätten und nun froh seien, offen für ihre Ueberzeugung eintreten zu können. Natürlich hat es in Wirklichkeit Beamte gegeben, die ihre freiheitliche Gesinnung sorgfältig verbergen mußten; aber im allgemeinen haben die so plötzlich Sozialdemokraten gewordenen wohl keinem Menschen imponiert; sie sind vielmehr überall mit der nötigen Vorsicht behandelt worden.

Die Beamten verdienen Achtung, die, obwohl sie keinesfalls einverstanden sind mit dem Umsturz der politischen Verhältnisse, trotzdem ihre Amtspflichten weiter erfüllen, weil sie erkannt haben, daß im Interesse des Volksganges nirgends Änderungen eintreten dürfen, daß fleißig gearbeitet werden muß, nicht nur in Bergwerken und Eisenbahnbetrieben, sondern auch in den privaten und staatlichen Schreibstuben. Sie denken an die „gute alte Zeit zurück“, haben sich aber überzeugt, daß deren Wiederkehr ausgeschlossen ist und dienen deshalb in lokaler Weise, wenn auch schmerzhaft, dem Neugeordneten. Das ist der alte, tüchtige Geheimrat, dem die Pflichterfüllung über alles geht.

Es gibt aber noch einen anderen Typ das ist der in der Verordkung oder der Schule tätige Streber, der bis auf die Knochen konterbätig oder antisemitische ehemalige Korpsstudent und Hererooffizier, der unter allen Umständen Karriere machen wollte, oder seinem „blaudäugigen, blonden Germanenjungen“ oder „Mädchlein“ als unvergleichlicher Held erscheinen will.

Doch wir wollen uns nicht bei der Vorrede aufhalten. Es soll rund heraus gesagt werden: die reaktionären Beamten und Lehrer sind eine große Gefahr für die junge deutsche Republik. Wer außerdem die Augen nicht gewaltsam verschließt vor dem, was von reaktionären Reichswehroffizieren geleistet wird, dem wird auch die Forderung nicht unbedeutend vorkommen, daß es die höchste Zeit ist, hier und dort gründliche Anstöße zu halten. Wer der Republik aus Gründen seiner Ueberzeugung nicht loyal dienen kann oder wer sich berufen fühlt, für die Wiederherstellung der Monarchie und der Klassenrechte zu wirken, der soll auch soviel Mannesmut aufbringen, seinen Dienst zu quittieren. Wer von den Herrschaften aber trotz aller heldenhaften Reden und Taten diesen Mut nicht aufbringen kann, oder wer lediglich im Amte bleibt, um es für reaktionäre Zwecke zu mißbrauchen, der muß von seinem Amte entfernt werden.

Ungemein lehrreich ist sicherlich der Prozeß Erzberger-Helfferich. Was für einen Vienenstift müssen da viele Beamte in vielen Ämtern entwickelt haben, um alle die Fäden zu sammeln, aus denen der Scheiterhaufen errichtet worden ist, um den allzu betriebseifrigen Rathias darauf zu verbrennen. Ein anderes Beispiel. Ein Geheimrat in einer Provinzialregierung beruft die Medalettore der Tagesblätter, um sie an der Hand der von ihm entsprechend erläuterten Akten gegen seinen (sozialdemokratischen) Minister zu setzen. Das Publikum wurde sofort festgesetzt. Trotdem war der Mann 24 Stunden später noch im Amte. Vielleicht ist er es heute noch, nach 14 Tagen.

Was am Lande an reaktionärer Arbeit geleistet wird, ist, wie befürchtet werden muß, in Berlin nicht genügend bekannt und kann infolgegefallen auch nicht in der erforderlichen Weise beachtet und bekämpft werden. Besonders schlimm haben sich die Verhältnisse an den höheren Schulen gestaltet. Nicht nur Lehrer betätigen sich in der Schule offen regierungsfreundlich und reaktionär, auch unverständige Eltern tragen die Politik in die Schule, besonders aber geht es das von solchen jungen Leuten, die vor ihrem Felddienst den Realschulen und Gymnasien angehört haben, dann als Leutnant zurückgekehrt sind und nicht recht wissen, was sie nun anfangen sollen. In einer Provinzialstadt haben jüngst Gymnasialisten zu Hunderten, ausgerüstet mit Pfeifen, Stinkbomben und ähnlichen geistigen Waffen, eine Volksversammlung, in der ein Rabbiner über den Antisemitismus sprach, in der ungezogenen Weise gehöhrt. Das war freilich nur möglich, weil die Arbeiterchaft in jener Versammlung nur sehr schwach vertreten war. Rechnische Verfolger Rülle sind zu bekannt, als daß es sich lohnte, hier auf sie zurückzukommen. Unsere Genossen werden gegebenenfalls energisch zur Selbsthilfe greifen und die Herren Jungen, die sich in irgendeiner Versammlung unliebsam bemerklich machen wollten, mit Dutzenden heimjücken, die in deutscher Reichswehr abgefaßt sind.

Für die Schulen liegt freilich ein dringender Notstand vor — für Lehrer und Schüler, ja für das ganze Volk. Der gesamte Unterricht war bis zur Revolution eingestellt auf den deutschen Sieg über den französischen „Erfelnd“, den Kult der

großen Männer, der siegreichen Seerführer, deren Schöpfer — wenn auch nur im Wandel — der Kaiser selbst war. Von alledem ist nichts geblieben. Aus dem Sieg von 70/71 ist die große Katastrophe von 1918 geworden. Der Kaiser und der Kronprinz sind gestorben. Die Monarchie ist erledigt. Die Revolution hat Männer aus dem Volke zur Regierung gebracht. Von diesen Männern, die dafür gesorgt haben, daß Deutschland bisher von dem furchtbaren Bürgerkrieg verschont geblieben ist, wird aber vielfach in den Schulen in so infamer Weise gesprochen, daß die Erregung, die in manchen Schülertreffen besteht, durchaus verständlich ist. Für den Schüler ist der Lehrer eine Autorität auch auf politischem Gebiet.

Es muß der heranwachsenden Jugend, die seither vornehmlich für Könige, Prinzen und Prinzessinnen begeistert worden ist, ein neues, besseres Ideal gegeben werden. Nützlichste Wahrheit über den Zusammenbruch und seine Ursachen, ohne Gefährlichkeit natürlich, ist notwendig. Sie wird das Verständnis für den die Welt erodernden demokratischen Gedanken erleichtern und die freie Bahn klar erkennen lassen, die dem Nützlichem und dem Vertrauen des Volkes entgegen zu jedem Amte führen kann. Das ist eine Aufgabe für wirkliche Pädagogen. Diese ausfindig zu machen und sie an die Stelle der Demagogen in den Schulstunden zu setzen, ist vornehmlich Aufgabe der Kultusministerien, die dabei von allen modernen denkenden Schulmännern unterstützt werden müssen.

Allen denen, die offen oder heimlich für die Wiederherstellung des zusammengebrochenen Systems wirken, soll ganz offen noch dies gesagt werden: Die Annahme, daß die Arbeiterschaft sich wieder ein Recht nehmen ließe, die ihr die Revolution gebracht hat, ist töricht. Ein Sieg der Reaktion könnte ebenso wie ein Sieg der Räteführer höchstens 2 bis 3 Tage dauern. Wegen der Diktatur von der äußersten Linken würde innerhalb weniger Stunden alles Volk zusammenrücken, das von Diktatur nichts wissen will. Wegen der Reaktion von rechts händen wiederum zusammen nicht nur alle wahrhaft demokratisch Gesinnten in Stadt und Land, sondern auch alle Sozialisten von Auer bis Juchacz.

Jeder Versuch, eine neue gewalttätige Umwälzung herbeizuführen, ist ein Verbrechen am deutschen Volke, weil er mit absoluter Notwendigkeit zum blutigen Bürgerkrieg führen muß. Jeder solche Versuch wäre schon deshalb ein Verbrechen, weil die Verfassung des republikanischen Deutschland — im Gegensatz zu der des wilhelminischen — die Möglichkeit hat, für jedes politische Ziel eine Mehrheit zu sammeln, deren Willen unter allen Umständen durchzuführen ist. Daß eine Minderheit regieren kann und die Mehrheit sich fügen wird, das wird niemand glauben, es sei denn, daß er die Novembertage von 1918 verschlafen hätte.

Politische Uebersicht.

Die Besitzsteuer.

Der Name der Nationalversammlung im Entwurf zugegangenen Besitzsteuergesetzes ist insofern für die Öffentlichkeit etwas irreführend, als es sich nicht um eine fortlaufende Steuer vom reinen Vermögen, sondern um eine Steuer vom Vermögenszuwachs handelt.

Eine reine Vermögenssteuer war, wie die Begründung des Entwurfes ausführt, deswegen nicht angängig, weil die schon erst unter dem Namen des „Reichsnotopfer“ beschlossene große Vermögensabgabe ihre Wirkung noch auf die nächsten 80 bis 80 Jahre erstreckt. Denn die Erlaubnis, das Reichsnotopfer in jährlichen Raten zu zahlen, wird sicher von den meisten Steuerpflichtigen ausgenutzt werden.

In Frage kam nur, ob als Ergänzung hierzu eine weitere Steuer vom Vermögenszuwachs oder vom erhöhten Aufwand geschaffen werden sollte. Vom volkswirtschaftlichen und vom reinen Gerechtigkeitsstandpunkt aus wäre eine Steuer auf den Aufwand die feinere und bessere Methode gewesen. Denn wenn z. B. zwei Leute in derselben Lebenslage jeder ein Einkommen von 100 000 Mark beziehen, der eine davon 50 000 Mark zurücklegt, der andere sein Einkommen restlos ausgibt, so erscheint es weit gerechter, den Verschwendunger als den Sparmann zu einer Sondersteuer heranzuziehen. Durch diese Steuer hätte auch die bedenklich eingeriffene Verschwendungslust der höheren Kreise wirksam bekämpft werden können.

Steuerpflichtig ist der Zuwachs an dem gesamten steuerbaren Reinvermögen. Als Reinvermögen gilt nach § 3 das gesamte be-

wegliche und unbewegliche Habermögen (Grundvermögen, Betriebsvermögen und Kapitalvermögen) nach Abzug der Schulden. Bewegliche Sachen sind, sofern sie nicht Zubehör eines Grundstücks sind, oder zum Betriebsvermögen gehören, nicht zu berücksichtigen. Dagegen gehören zum Kapitalvermögen auch die nach dem 31. Dezember 1919 erworbenen Schmutz- und Wertgegenstände aller Art, sofern der Anschaffungswert für den einzelnen Gegenstand 500 Mark oder für mehrere gleichartige oder zusammengehörige Gegenstände 1000 Mark und darüber betragen hat.

Die Feststellung des Vermögenszuwachses erfolgt erstmals zum 1. April 1923 für den in der Zeit vom 1. Januar 1920 bis zum 31. Dezember 1922 entstandenen Vermögenszuwachs, später in den Zeitabschnitten von drei zu drei Jahren für den Zuwachs der vorgegangenen drei Kalenderjahre.

Steuerpflichtig ist nach § 19 nur der Vermögenszuwachs, der den Betrag von 5000 Mark übersteigt. Die Steuer wird nur erhoben, wenn das Endvermögen den Gesamtwert von 20 000 M übersteigt. Übersteigt das Endvermögen nicht 20 000 M, so unterliegt der Zuwachs nur insofern der Besteuerung, als durch ihn die steuerfreie Grenze (von 5000 M) überjährt wird.

Danach ist überhaupt nicht steuerpflichtig, wer z. B. sein Vermögen von 40 000 auf 43 000 M vermehrt hat, weil der Zuwachs nur 3 000 M beträgt. Ebenso ist nicht steuerpflichtig, wer sein Vermögen von 5000 auf 15 000 M steigert, weil das Endvermögen nicht 20 000 M erreicht. Wer sein Vermögen von 20 000 auf 25 000 M steigert, hat nur 5 000 M Zuwachs zu verzeichnen, weil das Endvermögen nicht 30 000 M übersteigt. Wer dagegen sein Vermögen von 30 000 auf 38 000 M steigert, muß den vollen Zuwachs von 8 000 M verzeichnen.

Die Besitzsteuer beträgt für die ersten angefangenen oder vollen 10 000 M des steuerpflichtigen Vermögenszuwachses 1 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 20 000 M des steuerpflichtigen Vermögenszuwachses 2 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 30 000 M des steuerpflichtigen Vermögenszuwachses 3 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 40 000 M des steuerpflichtigen Vermögenszuwachses 4 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 50 000 M des steuerpflichtigen Vermögenszuwachses 5 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 100 000 M des steuerpflichtigen Vermögenszuwachses 6 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 100 000 M des steuerpflichtigen Vermögenszuwachses 7 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 100 000 M des steuerpflichtigen Vermögenszuwachses 8 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 100 000 M des steuerpflichtigen Vermögenszuwachses 9 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 100 000 M des steuerpflichtigen Vermögenszuwachses 10 v. H.

Zur Abgabe einer Besitzsteuererklärung sind alle Personen mit einem steuerbaren Vermögen von 20 000 M und darüber verpflichtet, wenn sie früher weder zum Reichsnotopfer noch zur Besitzsteuer veranlagt worden sind, sowie alle Personen, deren Vermögen sich während der Veranlagung zum Reichsnotopfer oder einer künftigen Veranlagung zur Besitzsteuer um mehr als 5000 M erhöht hat.

Aus den Schlussvorschriften interessiert der § 40. Dieser bringt eine Ergänzung zum Reichsnotopfer, wonach bei der Veranlagung deutsche Goldmünzen mit dem Metallwert zu bewerten sind, also nicht bloß mit dem Nennwert. Diese Bestimmung war notwendig, weil in einzelnen Kreisen die Auffassung herrschte, daß die Goldstücke nur zu dem gleichen Wert wie Papiergeld in der Veranlagung einzusetzen brauchten.

Utz und Kozj für verlängerte Arbeitszeit.

Wir wissen es schon lange, daß unsere Utz und Kozj den Arbeitern und Genossen, die in Rußland zur Einführung des Arbeitszwangs und zur Beseitigung des Achtstundentages geschritten sind, vieles gelernt haben. Wenn jemand früher einmal gesagt hätte — sagen wir noch vor 6 Monaten — daß sich Unabhängige für die Einführung einer mehr als acht Stunden betragenden Arbeitszeit entscheiden, den hätten sie für verrückt erklärt, mindestens aber gesagt: solche Taten vermögen nicht die windelweiche Mediokratie zustande zu bringen, nicht aber ein wahrer und hartgesottener Unabhängiger. Alles ist dem Wandel der Zeiten unterworfen, und so auch die Anschauung der Unabhängigen, die sich schon zu erheblichen Zugeständnissen bequemen, das heißt soweit sie noch vernünftig sind und fünf gesunde Sinne zum Denken haben. Von verbottener und hinterherbekanntem Fanatismus, die ihr alles an Worte sehen, deren Tun aber mit ihren Worten und angeblichen Zielen in härtestem Widerspruch steht, kann nichts mehr verlangt werden. Ein Unabhängiger, Herr R. Eisel (Berlin), der jetzt als Redakteur der „Freiheit“ vorgeht, wurde, also eine Person ist,

deren Worte schon etwas wiegen, erklärte in einer öffentlichen Versammlung, die am 7. v. M. in Beelitz stattfand, auf Befragen unserer Genossen in der Debatte:

Darüber wollen wir uns nicht täuschen, wenn wir morgen mit der kommunistischen Partei die Regierung übernehmen, dann müssen die Arbeiter nicht nur acht, sondern neun, ja vielleicht noch mehr Stunden arbeiten.

In einer öffentlichen Versammlung am 16. v. M. zu Wädelsleben, in welcher der kommunistische Begerich in der Diskussion eine stundenlange Rede hielt, betonte dieser Redner, daß unter einer kommunistischen Regierung die Arbeiter täglich fünfzehn Stunden und länger arbeiten müßten und — so setzte er hinzu — sie würden es gern tun! Hört ihr Arbeiter! So sieht die Praxis der Unabhängigen und Kommunisten aus. Solange diese verkappte Gesellschaft keine Verantwortung zu tragen hat, so lange hebt sie auf und kreibt die Arbeiter, wie damals die Bergarbeiter zur Forderung der Sechsstundenschicht an, kommt sie aber selbst zur Herrschaft, dann: auf und dran und mit Hilfe der Diktatur werdet ihr zu Knechten der Arbeiter und der Produktion regieren die Diktatoren. Wie es mit dem gemacht wird, der durchaus nicht pariert, sagt Eisel ganz deutlich:

Wir werden mit rücksichtsloser Gewalt alle Weltverbunden, die gegen uns gerichtet sind, zu unterdrücken wissen. Wir werden zum Beispiel nach einem Bauerndorf, das seiner Ablieferungspflicht nicht nachkommt, eine Anzahl Notgarbsten entsenden, welche die widerspenstigen Bauern an die Wand stellen und erschlagen.

Genug. Es genügt uns, hier festzustellen, daß die Utz und Kozj zwei Seelen in ihrer Brust haben. Würde die gegenwärtige Regierung — wenn auch nur vorübergehend — zur Verlängerung der Arbeitszeit von 8 auf 9 oder gar 10 Stunden schreiten, dann: erhebe sich im Lager der ganz Kadillaken ein gewaltiges Geseul über die Arbeitervertreter und kapitalistischen Goldbrüche. Wenn aber sie ans Ruder kommen — damit ist noch keineswegs der sozialistische Staat und die sozialistische Wirtschaft da, denn dazu müssen wahrlich erst die Vorbereitungen geschaffen werden —, dann wäre der erste arbeitserfreundliche Akt — die Verlängerung der Arbeitszeit!

Erhöhte Fischpreise trotz riesenhafter Fischereiergebnisse.

Von der Nordseeküste wird geschrieben: Endlich wird die „Sehnsucht nach dem Fisch“ gestillt, es wird seit etwa 14 Tagen eine unermeßliche Menge aus der Nordsee und auch aus der Ostsee gezogen. Die Fischjäger sind so groß, daß die richtige Organisation zurzeit ganz Deutschland mit der Fischjagd gar versorgt werden kann. Denn gefangen werden die Fische nicht in Kaufnetzen, sondern in Millionen von Stund! Allein an die Haupthandelsplätze Ost- und Westpreußen kamen in den letzten acht Tagen über 3 1/2 Millionen Pfund Seefische. Alles, was an Fischereifahrzeugen in Betracht kommt, wird in den Dienst der Fischerei gestellt; einige Dampfer brachten aus den Fischereigründen bei Island ganz enorme Fischmengen nach Hause. Zeit und Wetter eröffnen die allerbesten Aussichten auf ein längeres Anhalten dieses Meeressegens. Da sollte man nun meinen, daß angesichts der kolossalen Tagesbeute die hohen Fischpreise endlich sinken würden, aber weit gefehlt, sie sind sogar, so ungläublich es ist, an den Altonaer und Cuxhavener Fischplätzen um 25 Prozent gestiegen! Also Fische fast im Überfluß und doch eine so ungeheure Preissteigerung, ausgerechnet seit den Novembertagen! Worauf soll das Wohl eigentlich noch warten, bis es die Seefische noch billiger bekommt? Es wäre geboten, daß der Reichsfischkommissar einmal diese Frage beantwortet!

Verorgung mit Auslandsfleischwaren.

Von ausländiger Stelle erfahren die R. R. N.: Die Einfuhr von Auslandsfleischwaren wird durch die andauernde Verschlechterung der Wälua in steigendem Maße erschwert. Die geringen Mengen an Schweinefleischprodukten, die in der nächsten Zeit beschafft werden können, sollen zunächst den Bergarbeitern zugewendet werden, die sich zur Leistung von Ueberleistungen verpflichtet haben. Bei der hohen Bedeutung, die einer Förderung der Kohlenproduktion für das gesamte Wirtschaftsleben eine Rolle spielt, wird man sich mit dieser Regelung in allen Kreisen einverstanden erklären können. Für die übrige Bevölkerung kann die Zuteilung von Speck in den nächsten Monaten nicht mehr zugesichert werden, dagegen bleibt die angeordnete Verforgung der Kranke in den Lungenhelmsanstalten aufrecht erhalten. Soweit weitere Bestände verfü-

Einfache Geschichten.

Von Hermann Stenz, Karlsruhe.

Die Hofen.

Das liegt in der Nase vor allen Dingen. Denn die Nase gibt dem Gesicht Ausdruck und bestimmt seinen Charakter. Voransgesetzt, daß sie nicht mit Schnupftabak mißhandelt wird oder sonst einem Unfall erliegt. Schnupfen ist ein plebeisches Laster. Die wenigen Ausnahmen betreffen nur die Regel. Sausen aber nicht. Gab es doch nicht nur Könige, sondern sogar Königinnen, welche schnupften. Von einer Königin, welche schnupfte, meldet die Geschichte aber nichts.

Darum gestattete sich Herr Garro wohl den Suf und verachtete den Schnupftabak. Was aber seine Nase trotzdem nicht retten konnte. Sie sah vielmehr aus, als wenn ihr Träger einmal einen Zweikampf ausgefochten hätte, bei welchem sich der Gegner einer unritterlichen Waffe, etwa einer Flasche oder eines Bierglases, erfolgreich bedient hatte. Die Schwammigkeit des ganzen Gesichtes mochte ihn dazu verleitet haben. Ein fettes Gesicht, das rot ist, sieht mittelalterlich vergilbten Pergaments, dann nötigt es dem Beschauer sofort den Gedanken ab, daß sein Träger eine Weiße Ahnen oder sonstiger feiner Laster hinter sich habe. Die Augenlider dieses Gesichtes waren, wohl zur Hälfte, etwas müde gesenkt und ließen nur wenig von den Augen sehen. Und der Schnurbart war englisch geschnitten. Ein Meister baumelte an schwarzer Schnur bis zum dritten Westenknochen.

Es gibt auch Gemälde, denen im Laufe der Zeit die Farben abspringen, welche aber dort, wo sie abfallen, Linien hinterlassen, deren Umrisse jedoch noch etwas von ihrem früheren eblen Verlauf zu ahnen geben. Ihre Verfertiger vergaßen im Drange des Schaffens großer Farbenprächte die solide Mischung des Materials.

Und Herr Garro von Quabblitz waren in den Zeitläuften die Farben gründlich abgebläht und hatten nur mehr verschwommene Linien ihres einstigen Eiges hinterlassen. Linien, deren distinguiertem Ursprung am ausgeprägtesten im vornehm nachlässigen Sitzgeheßen ihres Trägers zum Ausdruck kommen. Wie etwa in der Haltung

des Schirmes, dessen Futterknopf an jener Stelle, an der er einst lag, ein großes Loch hinterlassen hatte.

Es verlohnt sich, weil wir gerade bei Linien sind, und um die Gestalt jener im Vorgarten wehenden Weinbehaugungen zu rechristigen, dem Lebensgang des Herrn Garro einige Minuten Aufmerksamkeit zu schenken.

Die Quabblitz liefen in zwei Linien aus. In eine solche, die zwar gelb, aber kein reinblaues Blut mehr hatte (siehe Minirau Rosa von Quabblitz, geborene Stenzweigt), und in eine andere, die zwar reinblaues Blut, aber kein Gelb mehr hatte. Und so kam es auch, daß eine der beiden Linien die andere offen gründlich verachtete, aber dafür heimlich desto gründlicher beneidete.

Sintemalen damals die beiden Linien nur mehr durch Herrn Heinrich von Quabblitz, Leutnant im Garde-Dragooneregiment, auf der rechten Seite, und durch Herrn Garro von Quabblitz, berufslos, auf der linken Seite repräsentiert wurden.

Die Quabblitz verkehrten, wie das ja auch gar nicht anders sein konnte, nur in exklusiven Kreisen. Höchstens, daß Herr Garro seinem Verkehr etwas Konfession machte, wenn er Geld, schönes Geld, brauchte. Und die Zwischenstände, in denen er solches benötigte, wurden immer dichter. Denn das Drängen derjenigen, von welchen er seit langem Geld geliehen hatte, betriebigte er immer wieder mit den Summen jener, von welchen er zuletzt entlieh.

Leben in seinem Sinne wollte er nun einmal, und so schrieb Herr Garro den Namen Heinrich von Quabblitz unter einige längliche, wasserblaue Streifen Papier. Was um so einfacher war, als seine eigenen Wittenlöcher nur auf G. v. Quabblitz lauteten. Solches tat aber auf die Länge nicht gut. Denn als eines Tages dem Herrn Heinrich von Quabblitz einige gar nicht zu beschreibende Wechsel (versehentlich) präsentiert wurden, Wechsel, von deren Existenz er bis dahin nichts wußte, da fuhr er mit seinem eleganten Kitzel in der feinen Junggesellenwohnung seines Vektors vor. Und hier tat Herr Heinrich von Quabblitz, Vertreter der reichen Linie, etwas ungemein Großzügiges. Er legte nach einer sehr stürmischen Auseinandersetzung, in deren Verlauf Herr Garro von Quabblitz, Vertreter der rein blaublätigen Linie, einmal aus dem Salon rannte, einen prächtigen, geladenen Revolver auf den Tisch und ging stillschweigend fort.

Herr Garro begriff den Witz zwar, hatte aber keine Lust,

ihn mitzumachen. Er packte vielmehr in höchster Eile einen Koffer.

Besagte Hofen aber, welche der Schneider eine Stunde vorher erst abgeliefert hatte, die fanden keinen Platz mehr in demselben. Mit einem bedauernden Seufzer legte sie Herr Garro, nachdem er noch einmal ihren tadelloßen Schnitt und das feine mit gelber Seide auf kornblumblauen Grund gestickte Monogramm bewundert hatte, beiseite. Dann brannte er mit Koffer und Revolver und der Brieftasche des Herrn Heinrich (welche er vorhin bereits ans dem im Vorflur hängenden, eleganten Paletot seines Cousins entlehnt hatte) nach Amerika durch.

Den Revolver verkaufte er ein Jahr darauf, als er in Newyork blank lag. Das war damals, wie er seine Eelung als Kasserolenwäscher in einem der feinsten dortigen Hotels angab. Um acht Tage später zum Kellerer aufzurücken. Kannte er doch die Tätigkeit eines solchen aus seiner Residenzzeit her so genau, um sie selbst ausüben zu können. In dem Nachtcafé, dem er seine Tätigkeit widmete, vervollkommnete nun Herr Garro seine Kenntnisse dermaßen, daß man ihn eines Tages mit Begleitung nach Sing-Sing landte. Und zwar auf drei Jahre. Dort lernte er vertriebenen Gentlemens kennen, denen er sich seiner Entlassung anschloß, um unter ihrer Assistenz Entdeckungstouren im Innern von — Nord- und Südamerika anzutreten und dort infognito wieder als Kellerer tätig zu sein. Zu welchem Berufe er sich infolge seiner feinen Umgangsformen ganz entschieden außerordentlich eignete. Ehrlich war er am längsten. Und darum wählte der Aufertholt Quabblitzens dort unten nicht lange. Er mußte nicht länger weise sich und eine Gelbbörse, welche er auf dem Tisch eines Fremdenimmers gefunden hatte, vor den Konstablern in Sicherheit bringen. Zwei Landsleute nahmen ihm jedoch das Geld ab und liehen ihm nur die Börse. Nun wurde er Tramp. Und was das Werkwürdigste bei dieser Geschichte war: andere wurden beim Trampen, beim Landstreichen, so mager wie Bergesel; ihm jedoch blieb sein angestammtes Bäuchlein auch hier treu. Er forrigierte das Bild hie und da in seiner Weise und kam auf diese Art bei ziemlich honetter Verfassung wieder im Norden an.

Und jetzt erst entdeckte Herr Garro sein eigentliches Tätigkeitsfeld!

(Schluß folgt.)

bleiben, sollen sie nachstehenden Bedarfsbezirken zugeführt werden.
 Die Lieferung von ausländischem Gefrierfleisch, Cornedbeef und Fleischkonserven wird in der bisherigen Weise fortgesetzt werden.

Das Ende der bayerischen Post.

Der Ministerrat Bayerns hat dem Staatsvertrag über den Übergang der bayerischen Postverwaltung an das Reich zugestimmt. Vorbehaltlich der Bundtagsbestimmung ist der Termin auf 1. April 1920 festgelegt. Durch die Übernahme in den Reichsdienst wird keine Kategorie des Postpersonals in irgend einer Beziehung geschädigt werden.

Deutsche Nationalversammlung.

Deutschnationaler Antrag auf Auflösung der Nationalversammlung. — Der Antrag wird abgelehnt.

Berlin, 9. März.

Vizepräsident Dietrich eröffnet die Sitzung um 1.20 Uhr. Nach kurzen Anfragen folgt die Beratung des Antrages Art. 134 d. Verfassung betr. Bekanntgabe der Nationalversammlung vor ihrer Auflösung vorzuliegenden Gesetzentwürfe, die förmliche Vorlage des Reichstagsgeschäftentwurfes u. s. w.

Auflösung der Nationalversammlung mit dem 1. Mai 1920.

Herr Graf Potjomowitsch (D. R.): Die Nationalversammlung war bestimmt, die Verfassung zu schaffen, die dringendsten Lebensangelegenheiten, das Wahlgesetz für das Reichsoberhaupt zu beschließen. Das würde genügt haben. Statt dessen tagen wir jetzt fünfviertel Jahre und wissen nicht, wie lange wir noch tagen werden und was uns noch vorgelegt werden soll. Das ist auf die Dauer eine Unmöglichkeit. Das Volk will das nicht länger. Der Antrag ist nicht parteipolitisch, sondern staatsrechtlich und verfassungsrechtlich. Aus parteipolitischen Gründen würde es nur erminnt sein, wenn die Wahlen erst in sechs Monaten stattfinden sollten, aber der jetzige Zustand ist verfassungsrechtlich. Soll etwa auch unter Verletzung der Reichsverfassung der Reichspräsident nicht vom Volke, sondern von der Mehrheit des Hauses gewählt werden. Wir sind mit einer Minderheitsregierung überhäuft worden. Wir vertreten mit unserem Antrag den demokratischen Standpunkt. Die Nationalversammlung hat ihre Aufgaben erfüllt, sie hat sich überlebt. (Beifall rechts.)

Reichsminister Dr. Koch: Es ist erwidert, die Arbeiten der Nationalversammlung möglichst zum Abschluss zu bringen. Ich will aber nicht darüber rechten, ob die Nationalversammlung noch den Willen des Volkes darstellt. Es ist der Regierung in einer parlamentarischen System, die Vorlagen mit der Regierung in einer Form einzubringen, die schwere Niederlagen ausschließt. Die Steuererhebung, die schwere Niederlagen ausschließt, die Wahlen nicht abgehalten werden. Der Regierung scheint es unmöglich, die Wahlen vor der Ernte abzuhalten, weil ein Teil des Landes noch bepflanzt ist. Hier würden Parteistragen und nationale Fragen in den beplanten Gebieten durcheinanderspielen zum Schaden des deutschen Reiches. Wie leicht könnten auch die Wahlen in den beplanten Gebieten verboten werden.

Im Herbst können auch die Kriegsgefangenen an den Wahlen teilnehmen. Unbedingt erledigt werden muß das Wahlgesetz zum Reichstag, das in aller nächster Zeit dem Reichstag vorgelegt werden muß. Es ist der Regierung in einer parlamentarischen System, die Vorlagen mit der Regierung in einer Form einzubringen, die schwere Niederlagen ausschließt. Die Steuererhebung, die schwere Niederlagen ausschließt, die Wahlen nicht abgehalten werden. Der Regierung scheint es unmöglich, die Wahlen vor der Ernte abzuhalten, weil ein Teil des Landes noch bepflanzt ist. Hier würden Parteistragen und nationale Fragen in den beplanten Gebieten durcheinanderspielen zum Schaden des deutschen Reiches. Wie leicht könnten auch die Wahlen in den beplanten Gebieten verboten werden.

Minister Dr. Hell: Nachdem es unter den größten Schwierigkeiten gelungen ist, die Vereinfachung der Eisenbahnen in die Wege zu leiten, muß doch der Nationalversammlung daran liegen, diese Überweisung der Eisenbahnen auf das Reich nun auch gesetzlich so bald wie möglich unter Dach und Fach zu bringen.

Herr Koch (Soz.): Wir müssen im Herbst die Wahlen haben, aber die nötigen Gesetze müssen nämlich bis dahin fertiggestellt und der Belagerungszustand bis dahin aufgehoben sein.

Minister Koch: Vorgelegt werden die nötigen Gesetze dem Hause unter allen Umständen. Es wird an der Arbeitsfreudigkeit des Hauses liegen, ob sie fertig werden.

Herr Grimhorn (Str.): Die Nationalversammlung hat verfassungsmäßig das Recht, selbst ihr Ende zu bestimmen.

Herr Brodau (Dem.): Die überwiegende Mehrheit des deutschen Volkes wird das Werk der Nationalversammlung als eine rettende Tat ansehen.

Herr Henke (L. S.): Wir stimmen dem Antrage zu. Der Belagerungszustand muß sofort aufgehoben werden.

Minister Dr. Hell: Wenn wir am 1. Mai auseinandergehen wollen, müssen wir die wichtigsten Gesetze liegen lassen bis zum Herbst. Die Regierung soll konterrevolutionäre sein. Wer trägt denn die Schuld daran, daß die Reaktion in Deutschland so früh ihr Haupt erhebt? In erster Linie die Entente, die der deutschen Republik das Leben schwer macht. Aber daneben auch die Herren der Unabhängigen und ihre kommunistischen Freunde, die dazu beitragen, daß der Weizen der Reaktion blüht. Ihre Streiks haben den Aufstieg erschwert. Wenn sie über den Ausnahmezustand klagen, so brauchen sie nur zu erklären, daß sie auf verfassungswidrige Mittel der Propaganda verzichten, um dem ein Ende zu machen.

Vizepräsident Dietrich bittet den Minister, die Debatte nicht länger zu verlängern.

Herr Dr. Henke (D. R.): Die allerwichtigsten Gesetze können bis 1. Mai erledigt werden. Dazu sind wir bereit, aber den Etat durchzusetzen, sind wir nicht bereit.

Minister Koch: Wir warten in Ruhe ab, welche Konsequenzen das Volk aus unsern Arbeiten zieht. Wir wären gerne bereit, im Juni zu schließen, wenn wir die wichtigsten Gesetze bis dahin fertigstellen können. Das ist aber nicht möglich, und darum müssen wir bis zum November warten.

Nach persönlichen Bemerkungen der Abgeordneten Grimhorn (Str.), Koch (Soz.), Henke (L. S.), Graf Potjomowitsch (D. R.) folgt die namentliche Abstimmung der Auflösung der Nationalversammlung zum 1. Mai.

Der Antrag wurde mit 176 gegen 60 Stimmen bei drei Stimmenthaltungen abgelehnt.

Badische Politik.

Der Haushaltsausschuß des bad. Landtags zum Forschungsinstitut für Textilstoffe.

Am Montag nachmittag begründete Abg. Kiehl (Soz.) in längerer Rede einen von ihm und von Kiefer (Str.) gestellten Antrag, einen einmaligen Beitrag von 100.000 M. jährlich aus den Mitteln des badischen Staates zu bewilligen, um die Fortsetzung der Forschung im deutschen Institut für Textilstoffe in Karlsruhe zu ermöglichen. Kiehl wies darauf hin, daß durch dieses Institut Baden während des Krieges in der Lage war, über 40% der Textilarbeitskräfte für das ganze Reich herzustellen. Dadurch wurden allein für das Badische monatlich 600.000 M. an Erwerbslosenfürsorge gespart. Für 1 1/2 Milliarden Mark werden jetzt jährlich in Deutschland Rohstoffe eingeführt, um ein Institut ausgebaut wird, einen großen Teil dieser Rohstoffe in Deutschland selbst herstellen. Dazu sei ein einmaliger und ein laufender Zuschuß des Staates notwendig. In Säckingen, Unterlauden und Schopfheim seien in neuerer Zeit bereits drei Erwerbslosenfürsorgeeinrichtungen gegründet worden, in welchen 2000 Arbeiter beschäftigt werden.

Von der Regierung gab Minister Kemmle Auskunft, wie sich die frühere Regierung gegenüber dem Forschungsinstitut gestellt habe. Sie sei der Meinung gewesen, die Textilindustriellen hätten es zu unterhalten. Der Kultusminister Hummel legte die Stellung der Technischen Hochschule zu dem Forschungsinstitut dar, es sei von dort in jeder Weise gefördert worden. Einige Mitglieder des Haushaltsausschusses hatten Bedenken ob der Höhe der zu bewilligenden Summe und der Anteilnahme des Staates an einem Privatinstitut. Es fehlten auch die Gutachten namhafter Fachleute über die Haltbarkeit und Dauerhaftigkeit der hergestellten Stoffe. Vor allem aber hätten die Textilindustriellen für das Institut aufzukommen, denn mit dem gleichen Recht können andere Gewerbe für ähnliche Zwecke Staatshilfe verlangen. — Von sozialdemokratischer Seite wurde nochmals auf die Wichtigkeit der Angelegenheit für die Textilarbeiter Badens hingewiesen.

Der Staatsvertrag wegen der Verreichlichung der badischen Bahnen

beschäftigte am Dienstag vormittag den Haushaltsausschuß des badischen Landtags. Schon diese eine Besprechung der 37 Paragraphen, ein Schlussprotokoll und eine Begründung enthaltenen Vertrags ergab, daß unendlich viele frivole Fragen bei der Uebertrage der badischen Bahnen an das Reich zu lösen sind. Um nur eine solche Angelegenheit herauszugreifen: Die Autolinien übernimmt künftig die Postverwaltung. Sie soll in Baden in den nächsten Jahren noch weitere zwanzig Linien mit 400 Kilometer Weglängen in Betrieb setzen. Auch die Sozialdemokratie erklärte sich für die Angliederung des Autobetriebs an das Reich, ohne aber dem Reich selbst ein unbedingtes Monopol für alle Autolinien in Baden geben zu wollen. — Die Bodenseeschiffahrt übernimmt ebenfalls das Reich. Dabei wurde erklärt, die Stadt Konstanz wäre am besten geeignet, die Verwaltungszentrale in der Bodenseeschiffahrt zu werden. Aber auch Württemberg und Bayern stellen diesbezügliche Ansprüche. Das Reich betreibt auch auf dem Intersee die Schiffahrt. Der § 1 fand die Zustimmung des Ausschusses.

Badischer Landtag.

20. öffentliche Sitzung.

gr. Karlsruhe, 9. März.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 8.45 Uhr.

Interpellationen über Elektrizitätswirtschaft und Redarkanalisation.

Abg. Siegelmaier-Oberkirch (Str.) begründet seine Interpellation über die Wahrung der badischen Interessen bei Uebernahme der Wasserkräfte und der elektrischen Energie in die Verwaltung des Reiches. Durch die Uebernahme der Finanzhoheit durch das Reich ist die Selbständigkeit der Bundesstaaten untergraben. Es muß deshalb alles geschehen, um unsere Wasserkräfte dem badischen Lande voll und ungeschmälert zu erhalten. Wir stehen nicht auf dem Standpunkt, daß diese Wasserkräfte nur im eigenen Lande verwertet werden sollen. Ueberflüssige Kraft kann auch anderen Ländern zugute kommen. Doch müssen wir das freie Verfügungsrecht behalten. Wir verwehren dem Reich nicht die Mitbestimmung am Ausbau; doch müssen wir die ausschlaggebende Rolle behalten. Wir müssen für die einzelnen Länder eine jährliche Rente oder eine kapitalisierte Summe verlangen. Wenn nicht im Plenum, dann muß die Regierung in der Kommission genaue Auskunft über den Stand der Fragen geben.

Herr Oberkirch (Dem.) begründet die Interpellation, wonach das Laudenburger Kraftwerk weitere Anschlüsse nicht tätigen würde und wünscht Verlorung durch Ausnutzung lokaler Wasserkräfte für Oberbaden.

Herr Maier-Heidelberg (Soz.) begründet die Interpellation über die Redarkanalisation. Die Frage spielt schon seit 1904. Das damalige Projekt sah den Bau durch die drei in Betracht kommenden Staaten vor. Während des Krieges ergab sich die Notwendigkeit einer Wassertrasse vom Rhein bis zur Donau erneut. Das betreffende Projekt erforderte nach Friedenspreis 339 Mill. Mark, während die Main-Donau-Verbindung 501 Millionen Mark verlangte. Doch jetzt bedarf eine Reihe Mißverständnisse ein, was sich insbesondere aus der Stellungnahme der Regierung zur Frage des Kanalvereins in Mannheim ergab. Die Interpellanten wünschen Klarheit darüber, wie sich jetzt die Regierung zur Kanalisation und zur Linienführung stellt. Der Haushaltsausschuß sollte sich daher in eingehender Weise mit der Frage befassen. In der demokratischen Republik sollten solche Fragen mehr im innigen Konnex mit der Volksvertretung behandelt werden.

Arbeitsminister Mäder:

Alle vorgelegten Interpellationen sind von größter Bedeutung und der Landtag hat ein Recht, hierzu geäußert zu werden. Es ist jedoch noch nichts geschehen, was dem Rechte des Landtags vorgreift. Hierunter kann sich das Haus in der Kommission eingehend unterrichten. Zur Elektrizitätsfrage ist jedoch im Anschluß an die Reichsregierung zu sagen, daß das Reich heute lediglich die Uebertrage der Hochspannungslinien bei Karlsruhe verlangen kann; die Leitungen unter 60.000 Volt kann das Reich nicht beanspruchen. Baden hat den meisten Anspruch darauf, die Verwaltung der Elektrizitätswirtschaft

selbst durchzuführen. Wir halten es für unsere Pflicht, mit dem Reich hierüber Verhandlungen zu pflegen, daß Baden die Führung in der Hand behält. Die Verhandlungen sind noch im Gange und ich bin bereit, über den Stand in der Kommission zu berichten. Zur Anfrage bezüglich der oberbadischen Elektrizitätswirtschaft sind wir bereit, über Neuanschlässe von Fall zu Fall zu verhandeln, wenn wir auch hierbei die technische Leistungsfähigkeit berücksichtigen müssen. Eine Prüfung der Ausnutzung lokaler Wasserkräfte hat nicht nur für Baden und Wreg stattgefunden. Das Streben des Staates geht dahin, für das Kurzwert noch weitere Spitzenkräfte zu gewinnen und sie fördert alle diesbezüglichen Bestrebungen. Zur Frage der Redarkanalisation gibt der Minister zunächst einen Überblick über die historische Entwicklung dieses Projektes. Auf Anregung Württembergs wurden nach der Uebernahme die Verhandlungen wieder aufgenommen. Die drei Staaten hielten es nach der Reichsverfassung für ihre Pflicht, dem Reich Kenntnis davon zu geben, wobei Anteilnahme an den Kosten und rasche Prüfung ausgelagt wurde. In Stuttgart wurde das Projekt eingehend besprochen. Die Reichsregierung hält es für notwendig, vor Einbringung der Vorlage für das Kanalprojekt im Reichstag die Genehmigung der Länder zu haben. Hierüber ist in der Kommission zu sprechen. Die Regierung hat in ihrem Projekt die Interessen der Gemeinden gewahrt. Die Annahme des Grün u. Bilfinger-Projektes vermochte die diesbezügliche Kommission nicht zu empfehlen, da viel Land der Landwirtschaft verloren gehen würde, da die Linienführung nicht geeignet sei, da die Gefahr der Beschädigung des Redars entliehe, da das Flußgefälle es schwierig mache und bedeutend höhere Kosten entstehen würden, als das Reich alsdann nicht übernehmen könnte. Zu weiteren Angaben bin ich im Haushaltsausschuß bereit. Ich bedauere die Uebertragung, daß das Redarprojekt die Konkurrenz mit dem bayerischen Projekt nicht ausschließt; denn sie ist nicht richtig. Ich hoffe, daß in den nächsten Wochen der erste Spatenstich zu dem großen Projekt erfolgt. Es ist dies ein Beweis, daß wir wieder hochkommen werden.

Es ist ein Antrag der drei Mehrheitsparteien eingegangen, die 3 Interpellationen an den Haushaltsausschuß zu überweisen. Der Antrag wird angenommen.

Nach persönlicher Bemerkung des Abg. Maier-Heidelberg (Soz.), Abg. Jhrig (Dem.) wird die Beratung an die Kommission verwiesen.

Auf eine kurze Anfrage der Abg. Frau Schlot (Dem.) betr. Lage der Industriehilfen seit Unterrichtsminister Hummel mit, daß die Regierung in diesem Sinne bezüglich der Feuerungszulage tätig ist. Die Anfrage des Abg. Mager (D. R.) bezüglich Lehrplan der Baugewerkschule beantwortet Unterrichtsminister Hummel dahin, daß den Ansprüchen der Schule Rechnung getragen wird.

Ueber den Gesetzentwurf betr. Erhöhung der Ruhegehälter berichtet Abg. Jhrig (Dem.) namens der Kommission. Um den Ruhegehältern die Sorge zu erleichtern, wurden schon Feuerungsgehältern gewährt. Doch wurde anfangs hieran die Bedürfnisfrage geknüpft. Nunmehr erfolgt eine gesetzliche Regelung dahin, daß der Einkommenszuschlag um 10 v. D., mindestens um 400 M. erhöht wird. Für jüngere ausgeschiedene Beamte bezw. Dienstunfähige gilt dies nicht. Die Kommission beantragt Annahme des Gesetzentwurfes.

Der Gesetzentwurf wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Fortsetzung der Finanzdebatte.

Präsident Kopf macht darauf aufmerksam, daß gemäß Beschluß des Vertrauensmännerausschusses die noch vorgemerkten 16 Redner nur je 10 Minuten Redezeit erhalten.

Herr Belzer (Str.): Wenn Arbeit unsere Lösung ist, dann muß Rohmaterial beschafft werden. Hier ist jedoch nicht alles in Ordnung, da das Baumaterial fehlt. Es müßten Kohlen beschafft werden. Es ist begreiflich, daß die Bauern über die Zwangswirtschaft erboht sind. Alle Parteien erkannten ja in der Debatte an, daß den Bedürfnissen der Landwirtschaft Rechnung getragen werden müsse. Unsere Partei stellte jederzeit Vaterlandsinteresse über Parteinteresse.

Ein Antrag des Abg. Schöfer (Str.) u. Gen., mit der Vorlage des Staatshaushalts 1920/21 dem Landtag Vorschläge über die Vereinfachung der Regierung (des Staatsministeriums) zu unterbreiten, wird dem Ausschuß überwiesen.

Herr Hüßig (Soz.): Wenn Wein nur ein Luxusgetränk ist, dann müßte man den Anbau verbieten. Er ist jedoch kein Luxus. Ein Bürgermeister eines Weinortes erklärte, daß im Falle einer Aufhebung der Weinböckpreise in seinem Orte eine Revolution entstehen würde, weil die Bauern ihren Wein bereits zu den Höchstpreisen verkauft hätten. Bei Aufhebung der Weinböckpreise wird der Wein so teuer, daß ein Arbeiter sich ihn nicht mehr leisten kann. Wir stimmen deshalb gegen die Aufhebung der Höchstpreise. Die Preisverhöhung der Landwirtschaft steigerte die Produktion nicht. Die Regierung sollte eine großzügige Aktion zur Beschaffung von Stickstoff einleiten. Dies würde die landwirtschaftliche Produktion gewaltig heben und die Landwirte hätten einen wirklichen Vorteil erreicht. Bei Durchführung der Theorien des Herrn Mager läme der Laib Brot auf 30 M. Mit diesen Rezepten läme man schnell ans Ende des Lateins. Denn ohne Zwangswirtschaft läme wir heute nicht aus.

Herr Großhans (Soz.): Ich bedauere die Bejahnung der Redezeit, da man in dieser Zeit keine Frage erschöpfend behandeln kann. Vor allem trat in der Debatte das Bestreben des Zentrums gutage, ein Weltrennen um die Gunst der Landwirtschaft zu veranstalten. Herr Abg. Sanger stellte objektiver als Herr Belzer fest, daß von jeder gemeinsam mit der Sozialdemokratie für die Landwirtschaft gearbeitet wurde. Trotz der demagogischen Kampfesweise gegen uns liegen unsere Stimmen auch in bäuerlichen Kreisen von Wahl zu Wahl. Ich möchte feststellen, daß wir fast unterschickslos die Söhne von Landwirten sind und ebenso wie andere an der heimischen Scholle hängen. Die oberbadische Landwirtschaft will nicht die Aufhebung der Zwangswirtschaft; dies habe ich in vielen Unterredungen festgestellt. Diese Leute begreifen alle die Notwendigkeit der Zwangswirtschaft. Wir sind der Auffassung, daß der Landwirt für seine Erzeugnisse und Arbeit eine Entlohnung erfahren muß, die den heutigen Verhältnissen entspricht. Doch müssen die Fehler vermieden werden, die bei der Zwangswirtschaft gemacht wurden und die erweiternd wirkten. Die Landwirtschaft kann ebenomienig die Stadt die Freigabe des Leders verstehen. Die Bauern sind empört, daß die „besseren Damen“ mit Stiefeln über die Änte herumlaufen. Seit einem Vierteljahr spudt die Gegenrevolution von rechts ebenso sehr wie die von links. Gerade deshalb muß gesagt werden, daß der Beweis der „Mikrowirtschaft“ mihglückt ist. Die oberbadische Bevölkerung will von den Bestrebungen von rechts nichts wissen. Denn der oberbadische Bauer weiß den Wert eines demokratischen Staates zu schätzen.

Herr Alblin (Dem.) geht auf den badischen Fremdenverkehr ein und wünscht, daß man gegen die fremdländischen Parafisten und Schieber vorgeht. Doch darf man damit unseren Fremdenverkehr nicht erbohteln und nicht das Kind mit dem Bade ausschütten. Wenn dem Landwirt sein Brot zu gönnen ist, dann darf

man es auch der Fremdenindustrie nicht streitig machen. Hier heißt es leben und leben lassen.

Abg. Odenwald (Dem.) äußert sich über die Affordbarkeit in der Privatindustrie. Man kann ein Freund des Achtstundentages sein und dann doch der Ansicht sein, daß die wahllose Einführung nicht richtig war.

Minister Rüdert: Ein Vertrag zwischen der Siedelungs- und Landbank und dem Staat ist noch nicht abgeschlossen. Sobald dies der Fall ist, wird er dem Landtage vorgelegt.

Abg. Stork (Dem.) wünscht Berücksichtigung der Viehhändler bei der Güterfrage.

Am 7.25 Uhr stellt die Presse ihre Tätigkeit ein. Nächste Sitzung: Mittwoch vormittag 9 Uhr. Tagesordnung: Fortsetzung der Finanzberatung.

Gewerkschaftliches.

Bezirkskonferenz des Steinarbeiter-Verbandes.

Am Sonntag, 7. März, hielt der Verband der Steinarbeiter im „Prinz Ludwig“ in Karlsruhe seine erste Bezirkskonferenz ab. Diefelbe war durch Vertreter der Orte Karlsruhe, Ettlingen, Niersbach, Bruchsal und Forstheim besucht.

Aus dem Lande.

Spielers b. Ettlingen, 9. März. In hiesige Einwohner wurden Strafzettel in der Gesamthöhe von über 40000 M. ausgeben, wegen Vergehens gegen das Verordnungsweien.

Forstheim, 8. März. Das Sägewerk von Friedrich Staudt ist von der badischen Siedelungs- und Landbank für 200000 M. eingekauft.

Leiberg, 8. März. Eine aus ungefähr 50 Personen bestehende Goldschleiberbande, zumeist Polen, treibt im Schwarzwald ihr Unwesen.

Seidelberg, 10. März. Die Polizei verhaftete in einem hiesigen Hotel zwei geriebene Gauner, die zumeist in Feldweibeluniform alle größeren Städte Süddeutschlands bereisen.

Mannheim, 10. März. Beim Ueberqueren einer Straße warf ein noch unbekannter Radfahrer einen Kinderwagen um.

Aus dem Schwarzwald, 9. März. Auf dem Schwarzwald gab es in den letzten Tagen wieder Neujähner.

Donaueschingen, 8. März. Ein Wagen Leitungsmafen, her von Station Hölzlebrud hier eintraf, weil er den Kontrollbeamten in Reulstadt verdächtig vorgekommen war.

Konstanz, 9. März. Ein zweifacher Gattenmord ist in Rempten und in dem nahen Stedborn jetzt aufgeklärt worden.

Am Sonntag, 9. März, fand in Karlsruhe ein großes Konzert im Stadtpark statt. Die Veranstaltung wurde von der Stadtverwaltung und dem Musikverein durchgeführt.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 10. März.

Die Regierung ist schuld!

An dem Abend in Deutschland ist bekanntlich nach der Ansicht der Deutsch-Nationalen die jetzige Regierung schuld. Auch die Unabhängigen stimmen als treue Bundesbrüder der Deutsch-Nationalen selbstverständlich in diesen Chorus ein.

Man muß es der „Republik“ lassen, in der Schlagwortstille kennt sie sich meißterhaft aus, desto weniger aber in der Welt der Wirklichkeit. Es ist doch nur zu bekannt, daß Rußland uns heute nichts geben kann an Lebensmitteln.

Die Berufsfrage tritt augenblicklich an die Eltern der Schulkindern heran. Bei der Wahl des Berufes ist größte Rücksicht an Mitleid, für Jung Leute und Eltern, deren Söhne Gärtnere werden wollen, sei auf die am Donnerstagabend in der „Kronenhalle“ stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht.

Überwiegend ist ja jetzt die deutsche Regierung eine Studienkommission nach Rußland und wir stellen den Antrag, in diese auch den Herrn „Schriftleiter“ der „Soz. Republik“ zu delegieren, der sich anheimelnd die Sache mit der Weisheit aus Rußland so vorstellt, daß man nur zu drehen braucht, wie an einem Biergähnen.

Die Vertrauensmännerversammlung des sozialdemokratischen Vereins findet heute abend 1/8 Uhr in der „Goldenen Krone“ statt. Vortrag des Gen. Landtagsabgeordneten Weizmann über: „Die politische Debatte im badischen Landtag und die Sozialdemokratie“.

Vertrauensmännerversammlung.

Das Gewerkschaftskartell Karlsruhe macht darauf aufmerksam, daß die Durchführung der Wahlen zu den Betriebsräten durch die Betriebe selbst beim durch den seitherigen Arbeiterausschuß oder die durch eine Betriebsversammlung gewählte Wahlkommission zu geschehen hat.

Todesfall.

Im Alter von fast 88 Jahren ist am Montag Geh. Rat Ernst Wagner, der frühere Direktor der Groß-Sammlungen für Altertums- und Völkercunde gestorben.

Abgelehnte Berufung. Der Kommandeur der badischen Landespolizei, Oberst Kuenser, hat die an ihn ergangene Berufung zur Uebernahme der leitenden Stelle im Reichstriminalamt in Berlin abgelehnt und wird auf seinem karlsruher Posten bleiben.

Wider Friede, läßt Eintracht! Am 8. ds. Mts. wurde ein in der Amalienstraße wohnender Schneider von seiner Ehefrau

und seinen beiden Töchtern zu Boden geworfen und mißhandelt. Die eine Tochter goß ihm heißen Kaffee ins Gesicht, sodas er erhebliche Brandwunden davontrug.

Die Handelskammer Karlsruhe zu den Buchergerichten. Die Handelskammer Karlsruhe hat an das badische Ministerium der Justiz eine Anregung gerichtet, die den Zweck verfolgt, eine möglichst sachverständige Behandlung der von den Buchergerichten abzuurteilenden Sachen zu gewährleisten.

Diebstähle. Aus einem hiesigen Hotel entwendete ein Unbekannter, der sich als Fritz Weiner aus Freiburg im Fremdenbuch eintrug, Bettwäsche im Werte von 800 M.

Veranstaltungen.

Die Berufsfrage tritt augenblicklich an die Eltern der Schulkindern heran. Bei der Wahl des Berufes ist größte Rücksicht an Mitleid, für Jung Leute und Eltern, deren Söhne Gärtnere werden wollen, sei auf die am Donnerstagabend in der „Kronenhalle“ stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht.

Vortrag Heinz Rohrbach. Am Donnerstag, 18. März, gibt der bekannte Redner Heinz Rohrbach im Eintrachtssaal darüber einen Vortrag über „Der drohende Zusammenbruch“, was jeder vom „Staatsbankrott“ wissen muß, ist „Staatsbankrott“ unvermeidlich.“

Überammergauer Passionsspiele. Hiermit berichten wir, daß die Überammergauer Passionsspiele nicht am Mittwoch, sondern am Donnerstag, 11. März, abends 7 1/2 Uhr.

Residens-Schiffspiele. Waldstraße 30 bringt vom Mittwoch bis Freitag ein von Hans Gaus verfaßtes Schauspiel „Die ums Leben spielen“, sowie „Kopf der 14“, ein lustiges Lustspiel in 2 Akten.

Kleine Nachrichten.

Düsseldorf, 9. März. Die Buchdrucker in Düsseldorf sind heute vormittag in den Zustand getreten, da ihnen die verlangte außerordentliche Lohnerhöhung von 60 M pro Woche nicht zugestimmt wurde.

Paris, 9. März. Infolge der durch den Kohlenarbeiterstreik im Departement Pas de Calais verursachten Notwendigkeit, den Kohlenverbrauch einzuschränken, ist die Schließung der Cafés und Restaurants auf 10 Uhr abends und der Theater und Kinos auf 11 Uhr abends festgesetzt worden.

Briefkasten der Redaktion.

Ein Anonym. Anonymes wandert in den Papierkorb. Veranlassung: Für Leitartikel, Deutsche Wirt, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Kober; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Sozialist und Heilbronner Hermann Winter; für den Angeheiligen Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe, Luitpoldstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Freie Turnerschaft.) Donnerstag Abend 7 Uhr allgemeine Turnstunde in der Geelbtschule. 2122

Wasserstand des Rheins.

Schutterinsel 108, gef. 2, Neßl 223, gef. 4, Mazar 400, gef. 6, Mannheim 824, gef. 19 Zentimeter.

Tanz-Kurs E. Stöhr. Jeden Mittwoch und Samstag, abends 7 Uhr Tanz-Stunde im Rest. „Köllenberger“ Ecke Wilhelm- u. Werderstraße. Damen und Herren jederzeit herzlich willkommen.

Volkschor Karlsruhe-West. Todes-Anzeige. Wir setzen unsere Mitglieder von dem Hinscheiden unseres lieben Sangesbrüders Gustav Scheib, Steinhauer in Kenntnis. Die Beerdigung findet heute Mittwoch den 10. März, nachmittags 5 1/2 Uhr, auf dem Mühlburger Friedhof statt.

Badisches Landestheater. Das Nachflager in Granada. Romantische Oper in zwei Aufzügen von Conradin Kreutzer. Anfang 7 Uhr. Ende nach 9 Uhr.

Ernst Kratz Kaisersstr. 199a Waldstr. Ecke Solinger Stahlwaren

Zukunft Charakter, Reichtum, Eheleben usw. nach Astrologie und Graphologie.

Blindenarbeit! Vorteilhaftes Geschenk für die Hausfrau. Koshaartaub beisen aus vorzüglichem Schwedischhaar zu haben.

Ausgekämmte Frauen-Haare. Infolge großen Bedarfs zahlen wir die höchsten Konturrenzpreise. Oskar Deder Haarhandlung, Kaiserstr. 32

Altmetalle Kupfer, Messing, Zinn, Blei und Eisen laßt sich Waader, Karlsruhe, Mühlbura, Gludstr. 7

„Nissin“ gegen Kopfläuse. Nichts anderes nehmen! Zu haben in allen Apotheken und Drogerien.

Volksbuchhandlung Karlsruhe i. B. Friedrich Stampfer: Religion ist Privatsache

Rajatt. Rajatt. Verkauf von Alt- u. Neu-Möbel. Besichtigung ohne Kaufzwang erwünscht. Karl Rauch, Dreherstr. 3. Dreherstr. 3.

Bruchsaler Anzeigen. Allgem. Ortskrankenkasse Bruchsal. Wir suchen für unser Erholungsheim Herrenald zum sofortigen Eintritt ein

Dienstmädchen. Lohn nach Uebereinkunft. Anmeldungen unter Befügung von Zeugnissen sind zu richten an den Vorstand der Ortskrankenkasse Bruchsal.

Offenburger Anzeigen. Unter Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 12. November d. J. bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß mit Wirkung vom 1. Februar ds. J. der Uebereinkommenpreis für Winderfische von 100.- auf 125.- pro 100 Kilogramm erhöht worden ist.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund! In diesem Uebereinkommen sind etwaige Verpackungs- und Versandkosten nicht inbegriffen, sondern solche gehen nach wie vor zu Lasten der bearbeitenden Stelle.

Tierchutz-Verein
Karlsruhe.
Mitglieder-Versammlung
Mittwoch, den 10. März, abends 8 Uhr 2179
Der Jahresbericht.
Fortsetzung der öffentlichen Versammlung wegen Barzahlung: Fundstücken vom 1. Januar 1919 und ausserordentliche Prädikate, darunter Damenschürzen, ein gelber, ein photographisch. Apparat am Donnerstag, den 11. März 1920, vormittags 8 Uhr und nachmittags 2 Uhr beginnend in dem Verteiler-Raum Karlsruhe Hauptbahnhof (Eingang Karlsruher Hof). Die besonders genannten Gegenstände werden von 10 Uhr vormittags an ausgeben. 603
Karlsruhe, 4. März 1920.
Vereinsbüro, Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahn.

Bekanntmachung.
Die Anhaber der im Monat Juni und Juli 1919 unter Nr. 0196 bis Nr. 0251 ausgegebenen bzw. emittierten Pfandbriefe werden hiermit aufgefordert, ihre Pfänder bis längstens 18. März 1920 auszulösen oder die Scheine bis zu diesem Zeitpunkt erneuern zu lassen, widrigenfalls die Pfänder zur Versteigerung gebracht werden. 644
Karlsruhe, 23. Februar 1920.
Städt. Pfandbriefkasse.

Kragen-Wascherel
Schorpp
Liefert schnellstens
Stärke-Wäsche
Annahmestellen:
Karlsruhe:
Ludwig-Wilhelmstr. 5,
Kaiserstrasse 34 u. 343,
Gerwigstrasse 46,
Amalienstrasse 15,
Waldraststrasse 64,
Wilhelmstrasse 32,
Augustastrasse 13,
Schillerstrasse 13,
Kaiserstrasse 87,
Gabelbergerstrasse 1,
Rheinstrasse 18,
Durlach:
Hauptstrasse 15.

Häuser
mit und ohne Gehöft. Hier, und auswärts ebenso Landhäuser, Wirtschaft, Güter, teils sofort beziehbar zu verkaufen. 1879
M. Busam
Eisenbahnstr. 34.

Waschtüll-Reste
Stück 2.50
Geschwister Binfeld
Kaiserstrasse 38.

Plankuch & Co
Apfelmus
(offen) 2.00
Plankuch & Co

Stroh-Hüte
werden nach den neuesten Formen
umgeformt
Mittelbadische Hutfabrik
Schneider & Hanselmann
Kriegstrasse 70
nächst Ruppurrerstrasse. 2061

Frauen-Haare
Ausgekämmte 1090
kauft zu höchsten Preisen
Richard Horn.
Damen- u. Herrenfrisier-Geschäft, Rheinstraße 45, Mühlburg. 2092

Baubund-Möbel
kaufen Sie preiswert
und formschön gegen Barzahlung oder
erleichterte Zahlungsbedingungen
bei der gemeinnützig. Hausratgesellschaft
Badischer Baubund G. m. b. H.
Karlsruhe
Karl-Friedrichstrasse 22 (Eckhaus Rondellplatz)
Täglich geöffnet von vorm. 8-12, nachm. 2-6 Uhr.
Fernsprecher 5157.

Großstückmacher
Lohnklasse I 2149
suchen für dauernde Beschäftigung
Veit Groß & Sohn, Kaiserstraße 114.

Wir suchen eine zuverlässige
Zeitungsträgerin
für die Weststadt und Mittelstadt.
Geeignete Bewerberinnen wollen sich bei
uns melden.
Geschäftsstelle des Volksfreund
Ruisenstraße 24.

Hausangestellte
für Küche und Hausarbeit, auch solche zum Anlernen
dauernd gesucht
Städtisches Arbeitsamt,
Zähringerstraße 100, Zimmer 11. 200

Tüchtige
Zeitungsträgerinnen
für Mühlburg und innere Stadt-
bezirke gesucht. Sofort melden im
Verlag der „Soz. Republik“
Kurbenstraße 23. 2197

Lackiererei-Vorarbeiter
Der reiche Erfahrungen im Epochen, Schleifen und
Spritzarbeiten (Vernichtung) von Klein-Maschinen hat,
zu möglichst sofortigen Eintritt gesucht. Ledig bevorzugt.
Turbo Maschinenbau-Gesellschaft
Heberlingen a. Bodensee. 2160

Wie fördere ich den
Sparsinn meines
Kindes?
Durch Anlegung eines
Rabatt-Sparbuchs?
Der kluge Käufer
rechnet. 2176
Rabatt
SPAR
VEREIN
KARLSRUHE EV.

Appenmühle
Meiner werten Kundschaft zur Nachricht,
dass in meiner Oelmühle das Oel schlagen
ab 15. ds. Mts. bis auf weiteres wie folgt
vorgesehen wird. 2180
Montag und Dienstag:
Mohn.
Mittwoch und Donnerstag:
Reps, Dotter usw.
Freitag und Samstag:
Lein.
Gleichzeitig halte meine neu einge-
richtete **Maismühle mit Reinigung**
bestens empfohlen. Kleinere Mahl-
aufträge werden sofort, grössere Mahl-
aufträge in kürzester Frist erledigt.
J. Fetzer.

Ultrametalle
wie Zinn, Zink, Zes, Messing,
Stahlguss, Kupfer, Chrom- und
Wasserglas, Karbide, sowie
ganze Geräteeinrichtungen
ausfertigen.
Ferner:
Salzstrasse 26, Teleph. 2481

Ultrametalle
wie Zinn, Zink, Zes, Messing,
Stahlguss, Kupfer, Chrom- und
Wasserglas, Karbide, sowie
ganze Geräteeinrichtungen
ausfertigen.
Ferner:
Salzstrasse 26, Teleph. 2481

EEETEE
ECHTER TEE
QUALITÄTSMARKE
JOHANNES GÖTTE, TEE-IMPORT
DRESDEN 16
Vertreter: Ant. Egenoll, Karlsruhe, Kaiserstrasse 118. 6003

Briefmarken-Sammlung
zu kaufen gesucht.
Angebote unter Nr. 2153
an das Volksfreundbüro.
Taschen-Uhren
wenn auch reparaturbedürftig,
werden stets angekauft in
Weintraube 2504
An- und Verkaufsgeschäft
52 Kronenstrasse 62
Zahle!
höchste Preise für neue und
getragene Kleider, Uniformen,
Schuhe, Wäsche, Teppiche,
Gardinen und Betten.
Komme hässlich in Haus.
Zuschriften erbeten an
S. Axelrad
Eisenbahnstraße 32.

Kaufe
getragene Kleider,
Möbel aller Art,
Gold- und Silber-
gegenstände.
A. Schap, An- u. Ver-
kaufsgeschäft
Kaiserstraße 67,
Eingang Waldhornstraße.

Ich kaufe jedes Quantum
**Kupfer, Messing, Rotguss,
Zink, Blei, Aluiseisen etc., ferner
Lumpen jede Art sowie Knochen
und Altpapier**
(Akten, Geschäftsbücher, Registraturen,
Packpapier etc.)
unter Garantie des Einstampfers
Jakob Schneller
Rohprodukten 1857
Fernsprech. 1897 Karlsruhe Durlacherstr. 34
Händler erhalten Vorzugspreise.

Beste handhabungsfähigere
**Sprengstoffe, Sprengkapseln mit
Zündschnur**
zum Sprengen von Baumstümpfen.
Pulverfabrik Göttingen
Telefon 8. (Baden) Telefon 8.

Billiger
wie von Auswärts!
Schön geschnitzte
Schwarzwalder
Uhr
nebst Wetterhäuschen.
Preis nur 12 Mark.
Die Uhr ist geist und
reguliert (1 Jahr Garantie).
Verland-Geschäft
E. Giersberg,
Karlsruhe-Mühlburg
Sternstraße 1 (Baden).
Nach Auswärts Porto extra.

Anzugstoffe!
in großer Auswahl, auch
schwarze und blaue, für An-
fermanden-Ausgabe passend,
sehr preiswert abgegeben.
Schneid-
straße 32 II.
Verschiedene 2184
Leintücher
und preiswert abgegeben
Mendelssohnplatz 3, Baden
Kanier-Ringen
(Kleide), werden haarhart
geklüfft, Eid. 15 Pf.
Kaiserstr. 34, Baden. 1020

Ständebuch-Ausgabe
der Stadt Karlsruhe
Geburten, Eheschließungen, Todefälle
Bater Frdr. Bobel, Badler
Wolfgang Helmut, S. Ott
Bammel, Gärner, Fritz Jola
S. Julius Gumbel, Werner,
Friedrich, Vater Edu. Keller,
Walter, Kurt Richter, Vater
Arthur Ströbe, Buchbinder,
Grotz, Vater Andros Dur-
sch, Wagenführer, Gertrud
Karoline, Vater Karl Meise,
Kanzleibehälter, Werner Ernst,
Vater Frdr. Göttinger, Büro-
gehilfe, Alfred Josef, Vater
Adolf Rauninger, Schlosser, Wolf
Heinrich, Vater Karl Sanger,
Sergeant, Karl, Vater Karl
Geb, Fabrikarbeiter, Gertrud
Emma, Vater Richard Hoff,
Kaufmann, Anneliese, Hilde-
gard, Vater Wilhelm Haupt,
Vizeamtshilfe, Ruth Vera
S. Joh. Schenckle, Eisen-
sehr, Helene Hedwig, Vater
Willy, Was. Schum. Werner
Delm, S. Heinz Ehrenfried,
Lieselotte, Margarete, S. Otto
Burger, Buchbinder, Elise-
beth Julie, S. Emil Gill, Ober-
müller, Helig, S. Friedrich
Hinder, Zimmermann, Kurt,
Vater Adolf Höller, Feiler,
Maria Julie, S. Wilh. Böhm-
mer, Postbote, Hermann, S.
Hermann Marx, Kraftwagen-
führer, Karl Emil, S. Karl
Walter, Metallschleifer, Karl
Friedrich, S. Karl Geddisch,
Kolporteur, Gisela Hedwig
Klara, S. Friedr. Volkmann,
Kaufmann, Hermann Albert,
S. Albert Geiger, Metzger,
Erna, S. Adolf Schüller,
Bremser, Erna Julie, S. Karl
Herkau, Raschm. Clara
Sofie, S. Emil Haich, Väter-
meister, Hildegard, S. Ferd.
Rohg, Verführer, Ludwig
Danz, S. Joh. Jung Kraft-
fahrer, Werner Richard, S.
August Moler, Hilfsbremser,
Kurt Waldemar, S. Christoph
Schubert, Tischler, Jule
Ulrich, S. Wilh. Müller,
Bürogeh. Stefan Ulrich, S.
Stefan Gartner, Kaufmann,
Margarete und Gertrud, Wül-
linge, S. Walter Ruff, Betr.-
Ing. Otto Ernst, S. Peter
Wohl, Mangelführer.

Beste handhabungsfähigere
**Sprengstoffe, Sprengkapseln mit
Zündschnur**
zum Sprengen von Baumstümpfen.
Pulverfabrik Göttingen
Telefon 8. (Baden) Telefon 8.

Appenmühle
Meiner werten Kundschaft zur Nachricht,
dass in meiner Oelmühle das Oel schlagen
ab 15. ds. Mts. bis auf weiteres wie folgt
vorgesehen wird. 2180
Montag und Dienstag:
Mohn.
Mittwoch und Donnerstag:
Reps, Dotter usw.
Freitag und Samstag:
Lein.
Gleichzeitig halte meine neu einge-
richtete **Maismühle mit Reinigung**
bestens empfohlen. Kleinere Mahl-
aufträge werden sofort, grössere Mahl-
aufträge in kürzester Frist erledigt.
J. Fetzer.

Ultrametalle
wie Zinn, Zink, Zes, Messing,
Stahlguss, Kupfer, Chrom- und
Wasserglas, Karbide, sowie
ganze Geräteeinrichtungen
ausfertigen.
Ferner:
Salzstrasse 26, Teleph. 2481

Ultrametalle
wie Zinn, Zink, Zes, Messing,
Stahlguss, Kupfer, Chrom- und
Wasserglas, Karbide, sowie
ganze Geräteeinrichtungen
ausfertigen.
Ferner:
Salzstrasse 26, Teleph. 2481

Ultrametalle
wie Zinn, Zink, Zes, Messing,
Stahlguss, Kupfer, Chrom- und
Wasserglas, Karbide, sowie
ganze Geräteeinrichtungen
ausfertigen.
Ferner:
Salzstrasse 26, Teleph. 2481

Ultrametalle
wie Zinn, Zink, Zes, Messing,
Stahlguss, Kupfer, Chrom- und
Wasserglas, Karbide, sowie
ganze Geräteeinrichtungen
ausfertigen.
Ferner:
Salzstrasse 26, Teleph. 2481

Ultrametalle
wie Zinn, Zink, Zes, Messing,
Stahlguss, Kupfer, Chrom- und
Wasserglas, Karbide, sowie
ganze Geräteeinrichtungen
ausfertigen.
Ferner:
Salzstrasse 26, Teleph. 2481

Ultrametalle
wie Zinn, Zink, Zes, Messing,
Stahlguss, Kupfer, Chrom- und
Wasserglas, Karbide, sowie
ganze Geräteeinrichtungen
ausfertigen.
Ferner:
Salzstrasse 26, Teleph. 2481

Beste handhabungsfähigere
**Sprengstoffe, Sprengkapseln mit
Zündschnur**
zum Sprengen von Baumstümpfen.
Pulverfabrik Göttingen
Telefon 8. (Baden) Telefon 8.

Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter.

Donnerstag, den 11. März, abends 8 Uhr
Kronenhalle, Kronenstr. 3

Öffentliche Versammlung.

Referent: Gauleiter Fuchs-Frankfurt.

1. Lage und Aussichten der Gärtner-Lehrlinge.
2. Warum kein Landesrat in Baden?

Jedermann, besonders Gärtner-Lehrlinge und solche, die es werden wollen, sowie deren Eltern sind eingeladen. Das Nähere Arbeitsamt, die Schulbehörde und Herren Lehrer seien auf diese Versammlung aufmerksam gemacht.
Die Ortsverwaltung.

Vertriebene Elsaß-Lothringer

Ortsgruppe Karlsruhe.

Freitag, den 12. März, abends 8 Uhr, findet ein

Romeo-Abend

im „Elefanten“, Kaiserstr. 10, statt. Der Vorstand.

Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen

Ortsgruppe Karlsruhe hat einen Posten

Herren-, Frauen- u. Kinderschule

nur an Mitglieder preiswert zu verkaufen. Der Verkauf findet jeweils nur am Mittwoch, Donnerstag und Freitag, nachmittags von 2 bis 6 Uhr auf unserer Geschäftsstelle, Beierthimer-Allee 10, statt. Der Vorstand.

Handelschule der Stadt Karlsruhe

Abteilung: Handelsjahrschule. Ganztagsunterricht, wöchentlich 33 Stunden. Das Schulgeld für den Jahreskurs beträgt M. 72. Beginn neuer Jahresklassen am Ostern ds. Js. Der erfolgreiche Besuch der Handelsjahrschule entbindet vom Besuche der dreijährigen Pflichtenhandelschule. Die in der Handelsjahrschule vorgebildeten Lehrlinge und Lehrlinginnen besuchen, sofern sie das 18. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben und in einem Handelsbetriebe tätig sind, die Pflichtenhandelschule nur noch in 2 Jahreskursen mit 8 Wochenstunden. Ausführlicher Prospekt wird auf Verlangen frei zugestellt. Anmeldungen werden von heute bis 8. April während der üblichen Geschäftsstunden in der Kanzlei, Birkel 22, entgegengenommen. Das Rektorat.

Welt-Kino

Telephon 5448 Kaiserstrasse 133

Des großen Andrangs und der Riesen-nachfrage wegen bis Freitag verlängert
Die große Sensation!

Dämon der Welt

I. Teil.

Das Schicksal des Edgar Morton.

1 Vorspiel und 6 Akte.
Spieldauer 2 Stunden.

„Dämon der Welt“ hält nicht nur jedem Vergleich mit amerikanischen Sensations-erzeugnissen stand, er übertrifft sie sogar vielfach in der Wucht des Gebotenen. Vorzügliche Bilderszenen aus großindustrialen Betrieben wechseln mit grandiosen Sprengbildern, wobei ganze Bergkalden in die Tiefe sausen — mit prachtvollen Bildern aus der Zirkusmanege, die uns ganze Zirkusnummern bestaunen lassen — mit Artistentricks, die in Gewagtheit auf das höchste verblüffen.

Verfasst und inszeniert von William Kahn.
Jeder Teil ist eine für sich abgeschlossene Handlung.

Festhalle Karlsruhe (Baden).

Art Oberammergauer

Passions-Festspiele

unter Leitung der berühmten Christus- und Judas-Darsteller
Adolf und Gg. Faßnacht (Bayern) sowie Mitwirkung hervorragender Passionsdarsteller.

Sologesänge: Adolf Faßnacht

Oratoriansänger (Tenor).

600 Mitwirkende! auf eigens dazu erbauter grosser Festspielbühne. Die Dekorationen sind entworfen und ausgeführt im Theateratelier E. Aeg, Berlin. Spielzeit: ab 11. März bis mit 17. März 1920, jeweils abends 7 Uhr, ausserdem am 13., 14. u. 17. März, auch nachmittags 2 1/2 Uhr. Vorverkauf: in der Musikalienhandlung Fritz Müller, Kaiserstrasse, Ecke Waldstrasse, Telefon 393; sowie eine Stunde vor Beginn an der Kasse Festhalle. Bei korporativem Besuch von Vereinen, Schulen, können erhebliche Preisermässigungen mit der Geschäftsstelle Festhalle vereinbart werden. Nach den Aufführungen an den Werktagen Bahnanschlüsse nach allen Richtungen. Geschäftsstelle: Festhalle Karlsruhe.

Meine

Frühlings-Ausstellung

in

Modellhüten

ist eröffnet

Zur Besichtigung ohne Kaufzwang lade ich ergebenst ein

L. Ph. Wilhelm

Kaiserstrasse 205.

Residenz-Lichtspiele

Spielplan vom 10. bis 12. März 1920

<p>Die ums Leben Ipielen</p> <p>Aeusserst spannendes Drama in vier Akten von Hans Gaus. Hauptdarsteller: Trude Hoffmann und Hermann Vallentin.</p>	<p>Quo Vadis</p> <p>Der grösste bisher gezeigte historische Film aus der Zeit Neros und der Christenverfolgung. Menschheits- Tragödie einer untergehenden Welt. Verfasst nach dem gleichnamigen Roman von 2188 Henrik Sienkiewicz.</p>	<p>Spurlos verschwunden</p> <p>Spannendes Detektivabenteuer in drei Akten. Der grosse Detektiv Blixon in der Hauptrolle.</p>
<p>Rolf der Vierzehnte</p> <p>Köstliches Lustspiel in zwei Akten.</p>	<p>Henrik Sienkiewicz</p> <p>Alle Vergünstigungen aufgehoben.</p>	<p>Ja, da muß doch in der Leitung</p> <p>Köstliches Lustspiel in drei Akten mit Gerhard Damann und Hansi Dege in der Hauptrolle.</p>

Die Anmeldung der unfallversicherungsbedingten Betriebe betr.

Nach Mitteilung des Vorstandes der Süddeutschen Bauwerks-Berufsgenossenschaft haben deren Bauarbeiter anlässlich der von ihnen ausgeführten Revisionen häufig festgestellt, daß Unternehmer, die zum Teil schon seit geraumer Zeit Bauarbeiten verrichten oder verrichten lassen, ihre Betriebe nicht vorschriftsmäßig zur Unfallversicherung angemeldet haben.

Wir sehen uns daher veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß alle Bauwerkstätten (Maurer, Zimmerleute, Steinbauer, Gipfer, Tüncher, Klebner, Bauglaser, Installateure, Tapeziere usw.), mögen sie für sich allein als Kleinmeister arbeiten oder als Unternehmer mit Gehilfen Bauarbeiten, wenn auch für noch so kurze Zeit ausführen, verpflichtet sind, längstens binnen einer Woche den Betrieb bei der unterzeichneten Behörde anzumelden. Dieselbe Verpflichtung liegt auch denjenigen Unternehmern ob, welche infolge Einstellung des Betriebes oder aus sonstigen Gründen im Kataster der Berufsgenossenschaft gelöscht wurden, sobald sie wieder betriebsfähig längere Bauarbeiten übernehmen.

Weiter machen wir darauf aufmerksam, daß für Bauarbeiten, welche ohne Uebertragung an einen gewerbemässigen Unternehmer selbst durch direkt im Lohn oder Honorar angestellte Arbeiter ausgeführt werden (Nebbauarbeiten), längstens binnen drei Tagen nach Ablauf eines jeden Kalendermonats dem Bezirksamt, Nachweisungen gemäß §§ 799, 800 und 801 Reichsversicherungsordnung vorzulegen sind. Die Genossenschaftsvorstand kann wegen Nichtbefolgung dieser Vorschriften nach §§ 908 und 909 Reichsvers.-Ordg. bis zu 300 Mark, bezw. wenn die Nachweisungen unrichtige, tatsächliche Angaben enthalten, Ordnungsgeldstrafen bis zu 500 Mark erkennen.

Schließlich bringen wir in Erinnerung, daß die von der Berufsgenossenschaft erlassenen Unfallversicherungsbedingungen an jeden Neu- bezw. Umbau, in jeder Hinsicht und auf jedem Werkplatz an einem leicht zugänglichen, in die Augen springenden Ort in Plakatform ausgehängt und die Arbeiter zur strengen Befolgung dieser Vorschriften angehalten werden müssen; die Betriebsunternehmer sind außerdem verpflichtet, für sachgemäße, umsichtige Leitung und Ueberwachung der Bauausführungen Sorge zu tragen, damit Unfälle nach Möglichkeit vermieden werden. Es liegt dies im eigenen Interesse der Mitarbeiter, weil mit der Verminderung der Unfälle die Verringerung der an die Berufsgenossenschaft zu zahlenden Beiträge Hand in Hand geht.

Karlsruhe, den 5. März 1920.
Bezirksamt. — Versicherungsamt. D. S. 86.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe, Lgh. Nr. 3111: 8 a 68 qm mit Gebäuden Rüppurrstr. 12, dreifach. Wohnhaus mit Nebengebäuden. (Wirtschaft zur goldenen Gans.) 1081

Schätzung: 48 000 M. Wert der Wirtschaftseinrichtung: 2085 M.

Versteigerungstermin: Freitag, den 19. März 1920, vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude Adambierstr. 8.

Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat Karlsruhe, den 28. Dezember 1919.
Bad. Notariat 6 als Vollstreckungsgericht.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe, Lgh. Nr. 4460 7 a 75 qm mit Gebäuden Goethestr. 25 b.

Schätzung: 63000 M. Zubehör (Baustoffe) 6500 M. zusammen 71500 M.

Versteigerungstermin: Dienstag, den 16. März 1920, vormittags 9 Uhr im Notariatsgebäude Adambierstr. 8.

Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat Karlsruhe, den 19. Januar 1920. 1443
Bad. Notariat 6 als Vollstreckungsgericht.

Anmeldung zum Warenbezug.

Wir weisen nochmals darauf hin, daß Mittwoch, den 10. März 1920 die Frist für die Anmeldung zum Warenbezug für die Verjüngungsperiode 134/135 abläuft.

Es müssen also spätestens an diesem Tag die Bescheidenscheine bei dem Geschäft, wo die Waren für die angegebene Zeit bezogen werden wollen, abgegeben sein.

Karlsruhe, den 9. März 1920. 684
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Hermann Volk
Dentist
Sternbergstrasse 1a
Sprechstunden für Zahnkranke:
Vorm. 9-12, Nachm. 4-6. 2113

Apfelmus
in Weichblechdosen mit Zucker hergestellt

Armeekonserven
getrocknete Eßkastanien

empfehlen 2131

Lebensbedürfnisverein